



Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (VBBS); Erhöhung des jährlichen Beitrages; Beschluss

Antrag:

Die Synode bewilligt als Beitrag an den Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers für die Jahre 2014 - 2017 einen wiederkehrenden Kredit von CHF 50'000.- pro Jahr (Konto 595.331.02)

1. Der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers

In der Schweiz leben zwischen 70'000 und 300'000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf Baustellen, in Restaurants oder in der Landwirtschaft. Dazu zählen auch abgewiesene Asylsuchende, welche seit 2008 von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden und auf Antrag nur noch staatliche Nothilfe erhalten. Die Sans-Papiers-Problematik ist voller Widersprüche und noch lange nicht gelöst. Es scheint für die offizielle Politik schwierig, die gesellschaftlichen Realitäten anzuerkennen und neben der Durchsetzung des Ausländer- und Asylrechts auch die Menschen und deren Rechte zu sehen und entsprechend Lösungen für die Respektierung dieser Grundrechte zu finden.

Das kirchliche Projekt "Humanisierung des Alltags, Grundrechte der Sans-Papiers respektieren!" empfahl 2004 die Schaffung einer privaten, vertrauenswürdigen Beratungsstelle für Sans-Papiers im Kanton Bern. Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn halfen massgeblich mit, dass, zusammen mit Hilfswerken, Gewerkschaften, weiteren Organisationen und Einzelpersonen, der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers (VBBS) 2005 gegründet wurde und eine Sozialarbeiterin ihre Arbeit aufnahm.

Zweck des Vereins ist die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation der Sans-Papiers, insbesondere durch:

- individuelle Beratung und Begleitung, punktuelle materielle Nothilfe
- Sammeln und Dokumentieren von Alltagsproblemen der Sans-Papiers
- Vernetzungsarbeit mit andern Akteuren im Migrationsbereich
- Informations- und Sensibilisierungsarbeit
- politisches Lobbying

Hauptaufgabe der Stelle ist die Beratung von Sans-Papiers. Die Beratungen werden in den Büros am Eigerplatz 5 in Bern angeboten und seit 2009 jeden Mittwochnachmittag (seit Juni 2013 jeden zweiten Mittwoch) im Rahmen des Zvieri-Treffpunktes mit Beratung in den Räumen der kirchlichen Passantenhilfe an der Kontrollstrasse 22 in Biel. Für Rechtsfragen besteht ein Leistungsvertrag mit der Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not. Bei gesundheitlichen Problemen werden die Betroffenen an die Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers des Schweizerischen Roten Kreuzes in Wabern verwiesen. Eine Zusammenarbeit besteht auch mit der kirchlichen Passantenhilfe Bern und der Fachstelle Sozialarbeit der katholischen Kirche Bern sowie mit andern Anlaufstellen für Sans-Papiers in der Schweiz.

2012 konnte die Berner Beratungsstelle 1919 Beratungen durchführen. Unter den 653 Fällen befanden sich 129 Familien mit 227 Kindern. Die Anliegen der Betroffenen sind dabei vielfältig: Sie reichen von der fehlenden Krankenkasse über Heiratspläne bis zu Einschulungsproblemen bei Kindern. Diese Rechte können sie ohne Hilfe einer Fachperson nicht wahrnehmen. Die Ratsuchenden sind froh, endlich einmal in einer vertrauensvollen Umgebung ihre Geschichte erzählen zu können. Auch punktuelle kleine materielle Unterstützungen schätzen sie sehr.

Der Verein führt in unserem Kirchengebiet die einzige anerkannte Beratungsstelle für Sans-Papiers mit dem sehr spezifischen Wissen und Beziehungsnetz, das für diese Arbeit notwendig ist. Andere Gruppierungen engagieren sich vor allem politisch.

Im Beirat des Vereins sind neben den aktuellen und ehemaligen Synodalratspräsidenten der Landeskirchen Persönlichkeiten wie Endo Anaconda, Christine Beerli, Rolf Bloch, André Daguet, Urs Frieden, Nicole Loeb, Martino Mona, Dori Schaer-Born, Ulrich Zimmerli vertreten.

Weitere Informationen zum Verein sind im Faltblatt "papierlos heisst nicht rechtlos!" (Beilage) und auf der Website www.sans-papiers.ch/bern zu finden.

2. Finanzielles

Die Ausgaben des Vereins belaufen sich zur Zeit auf rund CHF 370'000.- jährlich. Hauptposten (CHF 205'000.-) sind die Personalaufwendungen. Angestellte des Vereins sind: eine Beraterin 80%, eine Mitarbeiterin Öffentlichkeitsarbeit/Fundraising 80%, eine Sekretärin 30%, eine Praktikantin der Fachhochschule für Soziale Arbeit 100% während 1/2 Jahr. Für punktuelle materielle Unterstützungen werden CHF 50'000.- eingesetzt.

Dank der Vermittlung des Roten Kreuzes Kanton Bern konnte der Verein in den letzten Jahren im SRK-Netzwerk "Einzelfallhilfe Sozialhilfestopp" teilnehmen. Er erhielt dadurch jährliche Beiträge von über CHF 200'000.- der Humanitären Stiftung SRK. Leider lief dieses befristete Projekt Ende 2012 aus. Der Verein muss deshalb neue Finanzierungsquellen erschliessen. Er wirbt intensiv um neue Mitglieder/Spender und betreibt mit verschiedensten Mitteln Fundraising.

Die Reserven aus den vergangenen Jahren von rund CHF 280'000.- reichen in etwa für die Deckung des Defizites 2013, bei Mehreinnahmen von CHF 100'000.- für zwei Jahresdefizite. Sollten jedoch bis Ende Jahr nicht genügend neue Finanzen gefunden werden, muss das Beratungsangebot eingeschränkt und Personal entlassen bzw. zu kleineren Prozentsätzen angestellt werden.

An eine Mitfinanzierung dieser Aufgaben durch die öffentliche Hand ist - obwohl die Existenz der Stelle anerkannt wird - zurzeit nicht zu denken. Verschärft wird dies durch das kommende kantonale Sparprogramm. Die Beiträge der Kirchen stellen deshalb neben den Spenden von Einzelpersonen und Kirchgemeinden/Pfarreien einen wichtigen Finanzierungspfeiler dar.

3. Beitrag der Kirchen

Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn bezahlten in den vergangenen Jahren einen Beitrag von CHF 30'000.- pro Jahr. Gemäss Schlüssel der Interkonfessionellen Konferenz IKK beteiligte sich die Römisch-katholische Landeskirche mit CHF 8'000.-, die Christkatholiken und die Jüdischen Gemeinden bezahlten je den Mitgliederbeitrag von CHF 250.- und überschritten den IKK-Schlüssel damit bei weitem.

Der Synodalrat empfiehlt, diesen diakonischen Einsatz zugunsten von Menschen ganz am Rande der Gesellschaft weiterzuführen und auszubauen. Angesichts der stark gewachsenen Aufgaben und der finanziellen Lage des Vereins erscheint eine Erhöhung des Beitrages auf CHF 50'000.- als angemessen. Die Römisch-katholische Landeskirche wäre grundsätzlich bereit, ihren Beitrag entsprechend auf gut 13'000.- aufzustocken. Auf eine teuerungsbedingte Indexierung des Beitrages wird verzichtet.

Im alten Testament wird Gott mit einer vorrangigen "Option für die Armen" gezeigt und im Neuen Testament wird an Jesu Taten und Worten deutlich, dass Gott in erster Linie aufseiten der Kranken, Marginalisierten und Fremden steht. Daraus hat die Kirche von ihren Anfängen an eine Pflicht zur besonderen Solidarität mit den Benachteiligten abgeleitet und diese in ihrem diakonischen Handeln wahrgenommen (aus "Sieben migrationspolitische Grundsätze, eine Standortbestimmung des Synodalrates, 3. Grundsatz, 2012).

Der Synodalrat

Beilagen:

- Faltblatt "papierlos heisst nicht rechtlos!"
- Rechnung 2012 / Budget 2013 des Vereins